

Verlängerung der S6 bis Calw beschlossen

Infrastruktur | Verkehrsausschuss der Region Stuttgart trifft Entscheidung einstimmig / Region für komplette S-Bahn zuständig

Die S6 nach Calw wird die erste S-Bahn, die über die Grenze der Region Stuttgart hinaus verkehrt – das hat der Verkehrsausschuss der Region Stuttgart in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen.

Kreis Calw/Stuttgart. In Vorberatungen mit dem Landkreis Calw und dem Verkehrsministerium Baden-Württemberg habe man die Rahmenbedingungen und Finanzierung festgelegt, die nun zur Umsetzung kommen können, heißt es in einer Pressemitteilung der Region Stuttgart. In der Vorstufe soll die Hermann-Hesse-Bahn reaktiviert und eine Zusatz-S-Bahn zwischen Weil der Stadt und Zuffenhausen eingeführt werden, bevor die S6 nach Calw verlängert wird.

Förderung von bis zu 90 Prozent der Kosten möglich

Zur Entscheidung beigetragen haben laut Region Stuttgart unterschiedliche Aspekte. So bedürfe die S6 einer Entlastung im Abschnitt zwischen Weil der Stadt und Zuffenhausen, da die S-Bahn dort derzeit das einzige Schienenangebot ist. Eine Zusatz-S-Bahn in der Hauptverkehrszeit könnte die Entlastung ganz ohne Infrastrukturausbau bringen. Diese würde nicht an allen Haltestellen auf der Strecke halten und hätte daher eine etwas kürzere Reisezeit.

Das im Ausschuss vorgestellte Konzept sieht vor, dass die Zusatz-S-Bahn im Abschnitt zwischen Renningen und Weil der Stadt Vorrang vor der Hermann-Hesse-Bahn erhält. Letztere endet in der Hauptverkehrszeit bereits in Weil der Stadt. Der Einsatz der Hermann-Hesse-Bahn auf dem Abschnitt zwischen Calw und Weil der Stadt erfordert für Reisende bis nach Stuttgart einen Umstieg auf die Zusatz-S-Bahn, weshalb dieses Konzept nur bis zur durchgängigen Verlängerung der S6 bis Calw zum Tragen kommt. Hierfür ist noch die Elektrifi-



Dem Bahnhof Weil der Stadt kommt eine Schlüsselposition in den Bahn-Plänen zu.

Foto: avmediafactory

zierung des Abschnitts zwischen Calw und Weil der Stadt nötig.

Die vorgesehene Neuregelung des Bundesgemeindefinanzierungsgesetzes begünstigt dieses Konzept zusätzlich, denn es ermöglicht eine Förderung von bis zu 90 Prozent der zuzurechnenden Kosten.

Für den Bau und Betrieb der beiden Ausbaustufen sollen die regionalen Finanzierungsgrundsätze gelten. So wird die Zusatz-S-Bahn in den bestehenden Verkehrsvertrag aufgenommen und bedarf für ihren Betrieb innerhalb der Region keiner zusätzlichen Finanzierungsregelungen. Mit dem Verkehrsministerium Baden-Württemberg und dem

Landkreis Calw will die Region eine Vereinbarung über die weitere Finanzierung schließen. Der Verband Region Stuttgart bleibt bei der grenzüberschreitenden S-Bahn der Besteller, sodass er weiterhin die vollumfängliche Zuständigkeit hat.

Der regionale Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung die Umsetzung des Ausbaus sowie die Vorbereitung einer Kooperationsvereinbarung mit dem Land und dem Landkreis Calw beschlossen.

Rainer Ganske (CDU/ÖDP) zeigte sich erleichtert: »Was lange währt, wird endlich gut. Es macht Sinn, eine durchgehende und umsteigefreie Verbindung ins Oberzentrum Stuttgart anzubieten.« Er plä-

dierte dafür, die S-Bahn-Lösung »schnellstmöglich« umzusetzen. Das Ergebnis befriede nun das strittige Thema und sei insofern gut für die Fahrgäste und die Bevölkerung vor Ort.

Riegger: Es lohnt sich, an politischen Zielen festzuhalten

Stefan Belz (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die Lösung als »großen Schritt«. Es sei gut, dass »der Knoten aufgelöst« sei. Belz betonte, dass die Vorstufe jedoch nur ein »erster Baustein« sein könne, Ziel sei eine rasche umsteigefreie Verbindung in den Landkreis Calw. Mit dem zusätzli-

chen Angebot nehme die Region ihre Verantwortung wahr, den ÖPNV weiter voranzubringen.

Bernhard Maier (Freie Wähler) kritisierte, den Bahnhof Renningen nur für eine Übergangsphase wegen des Halts der Hermann-Hesse-Bahn in der Nebenverkehrszeit umzubauen. Zudem forderte er, die Strecke »bereits jetzt S-Bahn-kompatibel zu bauen«. Für Thomas Leipnitz (SPD) ist es erfreulich, dass nun eine S-Bahn-Lösung komme und das Projekt bald Fahrt aufnehme. Weiter: »Das nützt den Fahrgästen und den Menschen an der Strecke.« Auch er appellierte an den Landkreis Calw, seine Zusagen einzuhalten.

Joachim Hülscher (AfD) zweifelt den raschen Fortgang des Vorhabens an: »Nach den jahrelangen Verhandlungen gehe ich nicht davon aus, dass das Projekt jetzt schnell umgesetzt wird.« Hans Dieter Scheerer (FDP) sagte: »Wir sind ein ganz großes Stück weiter.« Doch auch er hält den Umbau des Renninger Bahnhofs für falsch. Wolfgang Hopfner (DIE LINKE/PIRAT) bedauerte die jahrelangen Verzögerungen. Auch kritisierte er das »Nadelöhr« zwischen Weil der Stadt und Renningen, das leistungsfähige Nahverkehrsangebote verhindere.

Positiv reagiert man im Calwer Landratsamt auf den Stuttgarter Beschluss. Der Zweckverband Herrmann-Hesse-Bahn begrüßt es sehr, dass sich die Mitglieder des regionalen Verkehrsausschusses des Verbands Region Stuttgart einstimmig für die Hermann-Hesse-Bahn und die Verlängerung der S6 über die Regionsgrenzen hinaus bis Calw ausgesprochen haben, heißt es in einer Mitteilung aus Calw.

Diese Entscheidung für eine künftig durchgehende und umsteigefreie Schienenanbindung von Calw nach Stuttgart als Stufe zwei des im Zuge der Realisierung der Hermann-Hesse-Bahn vereinbarten Stufenkonzepts sei ein »Meilenstein für die gesamte Metropolregion«. Sie trage »ganz wesentlich zur Weiterentwicklung eines nachhaltigen, leistungsfähigen und attraktiven Verkehrsangebots für die Berufs- und Freizeitpendler in der europäischen Metropolregion Stuttgart und zur Stärkung des ÖPNV bei«. Damit könne man eine weitere Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene erreichen und folglich auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

»Es zeigt sich einmal mehr, dass es sich lohnt, an seinen politischen Zielen festzuhalten. Nur so können gute Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden«, so das Fazit des Calwer Landrats Helmut Riegger in seiner Funktion als Vorsitzender des Zweckverbands Herrmann-Hesse-Bahn.

Beim dritten Mal wehrt sie sich

Landgericht | Familienvater soll sich an Nichte vergriffen haben

■ Von Martin Bernklau

Tübingen/Kreis Calw. Er soll seine Nichte bei wechselseitigen Familienbesuchen mehrfach missbraucht haben. Deshalb steht ein gelernter Werkzeugmechaniker aus dem Calwer Kreisgebiet seit Donnerstag vor dem Tübinger Landgericht.

Vier Übergriffe wirft Staatsanwältin Rotraud Hölscher dem 43-Jährigen vor. Der erste soll vor acht Jahren an seinem damaligen Wohnort im Enzkreis passiert sein, als das Mädchen noch im Kindergartenalter war – und zu Besuch beim Onkel. Er habe das Kind aufgefordert, sich auszuziehen und aufs Bett zu legen. Danach habe er das Mädchen nicht nur gestreichelt, sondern sei laut Anklage »zumindest teilweise« mit dem Finger in sie eingedrungen.

Ähnliches soll drei Jahre später bei einem Gegenbesuch geschehen sein, als er die

Nichte im Kinderzimmer auf den Schoß nahm; und später ein weiteres Mal am heutigen Wohnort des Mannes im Nordschwarzwald. Dabei habe sich das Kind gewehrt: »Ich will das nicht.«

Vorsitzender kündigt vor Aussage einen möglichen »Deal« an

Diese drei Fälle wertet die Anklage als schweren Missbrauch. Nach einem weiteren mutmaßlichen Übergriff im Zimmer seiner Söhne, bei dem der Mann das Mädchen am Po gestreichelt und zum Küssen aufgefordert habe, kamen die Vorwürfe vor gut einem Jahr durch eine Psychologin ans Licht. Bei ihr ist die mittlerweile 14-jährige wegen Depressionen in Behandlung.

Noch bevor sich der Angeklagte knapp zur Person und ausführlicher zu seinen mo-

menten sehr schwierigen Familienverhältnissen äußerte, kündigte der Vorsitzende Armin Ernst an, dass die Jugendstrafkammer einen Verständigungsvorschlag machen werde, um dem Mädchen die Zeugenvernehmung zu ersparen und dem Mann gegen ein Geständnis einen gewissen Strafnachlass zuzusagen.

Wegen der Trennung seiner Eltern zunächst bei der Großmutter aufgewachsen, so der Angeklagte, schloss er – später bei Mutter und Stiefvater zuhause – die Hauptschule ab. Seine Wunschberufe Polizist oder Rettungsanwärter seien ihm verwehrt worden. Nach der Lehre und dem Zivildienst beim Roten Kreuz arbeitete er oft mit Zeitverträgen oder für Leiharbeitsfirmen und schließlich »endlich in meinem Wunschberuf«, bei einer Hilfsorganisation. Nach der Heirat im Jahr 2011 kamen zunächst ein Sohn, später zwei weitere Kinder zur Welt.



Das Landgericht Tübingen verhandelt einen weiteren Missbrauchsfall.

Foto: M. Bernklau

Zwar habe er von seiner Herkunftsfamilie keine Unterstützung bekommen, sagte der in verschiedenen Organisationen ehrenamtlich engagierte Familienvater, aber die

Kollegen und Vorgesetzten gäben viel Hilfe und Zuspruch. Der Chef sei auch über die Anklage im Bilde.

Nachdem die Ermittler ausgesagt haben, wird der Pro-

zess am 5. Februar fortgesetzt. Dann soll Verteidiger York Fratzky zunächst erklären, ob sein Mandant den Verständigungsvorschlag der Kammer (»Deal«) annimmt.